

Gesellschaft und Wirtschaft brauchen Frieden!

Wohlstand und sozialer Zusammenhalt müssen aktiv erarbeitet werden.

Friedenspolitik – ein Fremdwort?

Wenn nicht über Frieden gesprochen wird, bleibt er schlicht unerreichbar. Es ist notwendig und zukunftsweisend, über Bedingungen des Friedens mindestens so intensiv zu sprechen wie über den Krieg. Der vom russischen Präsidenten befohlene mörderische Angriffskrieg in der Ukraine und das damit verbundene Elend können niemanden unberührt lassen. Jeder weitere Kriegstag bringt zusätzliches Leid: mehr Tote, mehr Verwundete, mehr Waisen und verwaiste Eltern, mehr Witwen. Jeder weitere Kriegstag bringt mehr Obdachlose, mehr zerstörte Infrastruktur und Fabriken, mehr Arbeitslose, mehr Entwurzelte, mehr Flüchtlinge. Es liegt auf der Hand, dass es vor allem eines braucht: Frieden!

Umso merkwürdiger und bedauerlicher ist es, dass das Wort „Frieden“ in der öffentlichen Debatte kaum vorkommt. Zum Unwort mutiert? „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt.“ Dieser Satz Ludwig Wittgensteins bringt die Einsicht auf den Punkt, dass nicht erreicht werden, ja nicht einmal existieren kann, was nicht ausgesprochen wird.

Diese „Schweigespurale“ (Elisabeth Noelle-Neumann) muss durchbrochen werden! Ansonsten kann und wird es keinen Frieden geben. Und damit auch keine wirtschaftliche Stabilität – ein Wiederaufbau der Ukraine bliebe ebenso illusorisch wie der Erhalt des Wohlstands in Deutschland und Europa.

Äußerer und innerer Friede gehen Hand in Hand, denn Wirtschaft und Gesellschaft sind eins! Ohne funktionierende Wirtschaft keine Investitionen und keine Arbeitsplätze. Ohne Wirtschaft keine Wertschöpfung, kein Einkommen und keine Gewinne, also auch keine Steuereinnahmen. Und ohne all dies keine öffentliche Infrastruktur und auch keine Sicherheitssysteme. Ohne Frieden keine zureichenden Sozialleistungen, keine wirksame Daseinsvorsorge. Somit ist der soziale Frieden bedroht. Frieden ist mithin elementare Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Prosperität und sozialen Zusammenhalt. Frieden fällt jedoch nicht vom Himmel. Er muss gewollt und geschaffen werden – von Menschen, von umsichtiger Politik und kluger Diplomatie.

Umsichtige Politik hat nicht nur den Zusammenhang zwischen äußerem und innerem Frieden im Blick, sondern sie ist auch und insbesondere darum bemüht, asymmetrische Belastungen zu vermeiden. Sie gibt – gerade in schwierigen Zeiten – Orientierung und Halt, vermeidet zusätzliche Unsicherheit. Um dies zu erreichen, muss umsichtige Politik bestimmte Grundsätze beachten: Sie muss wohldefinierte Ziele setzen und diese entschlossen, konsequent und nachvollziehbar verfolgen. Die dazu ergriffenen Maßnahmen müssen koordiniert erfolgen, das heißt sie müssen aufeinander abgestimmt und möglichst widerspruchsfrei sein.

Energiepolitik – ein Fehlschlag!

Die deutsche Energiepolitik beispielsweise genügt diesen Ansprüchen nicht – weder im Grundsätzlichen noch im Aktuellen: Zum einen folgt die „Energiewende“ keinem Masterplan zur Erlangung von Energiesouveränität, und zum anderen wird mit den bisher beschlossenen Maßnahmen zur Bewältigung oder auch nur Abmilderung der aktuellen Energiekrise nicht das Übel an der Wurzel gepackt, sondern lediglich an Symptomen herumgedoktert.

Die explodierenden Strom- und Gaspreise zeigen ein gravierendes Knappheitsproblem an. Dieses Problem lässt sich spürbar und nachhaltig nur bekämpfen, wenn über das Sparen hinaus das Angebot ausgeweitet wird. Wir brauchen mehr Strom und mehr Gase im Markt! Kurzfristig gilt: Die Unternehmen brauchen schnellstmöglich Energiesicherheit! Das heißt, sie müssen sich verlässlich und bezahlbar mit Energie versorgen können. Deutschland braucht eine auch kostenmäßig wettbewerbsfähige Energieversorgung. Ansonsten droht ein wirtschaftlicher Kollaps auf breiter Front. Mittel- und langfristig gilt: Deutschland muss Energiesouveränität gewinnen! Das heißt, Deutschland darf seine Energieversorgung niemals mehr in so extremer Weise von einzelnen externen Lieferanten und einzelnen Energiequellen abhängig machen wie dies der Fall war.

Eine Agenda – was jetzt konkret zu tun ist: Jede Kilowattstunde zählt! Ohne Angebotsausweitung keine Knappheitsverringerung und damit keine fallenden Preise. Preise lassen sich bestenfalls für kurze Zeit „politisch unterdrücken“. Auf Dauer wird dies selbst für ein – noch – wohlhabendes Land wie Deutschland unbezahlbar sein, zumal dann, wenn durch Firmenpleiten die Steuerquellen versiegen. Kurzum: Wir brauchen mehr Energie im Markt! Dafür sind alle Quellen zu nutzen, alle Kapazitäten auszunutzen und alle Reserven zu erschließen. Rasch, entschlossen, konsequent – ohne ideologische Vorbehalte.

Erneuerbare Energien: Viele bürokratische Hürden sind zu beseitigen und gesetzliche Verfahrensschritte zu straffen, um den Netzausbau spürbar zu beschleunigen. Es braucht eine klare Fristenregelung für den Netzanschluss im EEG, hingegen keine Zertifizierungspflicht für Anlagen zwischen 135 kW und 1 MW. Das Problem der Flächenverfügbarkeit für mehr Windkraftanlagen muss gelöst werden, Repowering sollte grundsätzlich an bestehenden Standorten zulässig sein, Grenzwerte für Lärm und Abschaltvorgaben sind abzusenken. Die Genehmigung von Photovoltaik- und Biogasanlagen ist von unnötigen immissions- und baurechtlichen Erschwernissen zu befreien, natur- und artenschutzrechtliche Fragen sind deutlich schneller und aufwandsärmer zu klären.

Die Einspeisebegrenzung von 70 Prozent für PV-Anlagen sollte nicht nur für neue, sondern auch für Bestandsanlagen aufgehoben werden. Für Eigenversorger braucht es eine Bagatellgrenze. Es gibt viele weitere Beispiele, wie durch regulatorische Öffnungen bei klaren klimapolitischen Vorgaben der Markt Effizienzen nutzen und damit Klimaziele erreichen würde.

Atomkraft: Die drei noch aktiven Atomkraftwerke müssen länger am Netz bleiben als nur bis April 2023. Das „Machtwort“ des Kanzlers mag ein unwürdiges parteipolitisches Gezänk beendet haben, das Energieproblem besteht fort. Im Übrigen ist nicht einzusehen, warum Deutschland in Krisenzeiten Atomstrom aus Frankreich beziehen soll, während es selbst leistungsfähige und sichere Kraftwerke abschaltet. Stattdessen sind die drei zuletzt (zum 31.12.2021) abgeschalteten Atomkraftwerke so zu ertüchtigen, dass sie im Folgewinter 2023/2024 wieder ans Netz gehen können.

Kohle: Die Konditionen für einen Wiederanschluss von mehr Steinkohlekraftwerken müssen so attraktiv sein, dass es sich für die Betreiber auch wirklich lohnt. Allein der Umstand, dass die explosionsartig gestiegenen Preise derzeit eine Steinkohleförderung sogar in Deutschland wieder wirtschaftlich erscheinen lassen, zeigt überdeutlich, wie gravierend das grundsätzliche Knappheitsproblem ist. Zudem wird der Strombedarf mittel- und langfristig nicht ab-, sondern zunehmen. Mithin verbieten sich Spekulationen über einen vorfristigen Braunkohleausstieg; der gesetzlich fixierte Pfad für den Ausstieg bis 2038 ist unbedingt offenzuhalten, um Unternehmen der Braunkohlewirtschaft ihre Handlungsperspektiven nicht weiter zu beschneiden.

Gase: Bis zum Aufbau ausreichender Kapazitäten für grüne Gase sind die deutschen Schiefergasvorkommen durch umweltverträgliche Verfahren zu erschließen. Dass dies möglich ist, steht seit Jahren fest. Wie lange will die Politik die eindeutigen Ergebnisse und Empfehlungen ihrer eigenen Fachbehörden (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) und der Wissenschaft (TU Bergakademie Freiberg, TU Clausthal-Zellerfeld) eigentlich noch ignorieren? Die neue LNG-Euphorie wirkt scheinheilig, wenn Fracking-Gas aus den USA importiert, in Deutschland aber verboten wird. Die deutsche Energiemoral wird so zur Doppelmoral. Das Weltklima weint, denn der Schiffstransport ist klimaschädlich. Zudem ist der Transport ineffizient, da fast ein Fünftel des Gases beim Transport verbraucht wird. Im Übrigen gilt: Es sind alle Pipelinemöglichkeiten zu nutzen!

Fazit: Die deutsche Energiepolitik darf nicht länger eine Mischung aus Wunschvorstellungen, Ankündigungen und unkoordinierten Einzelmaßnahmen bleiben! Wer ein Wirtschaftssystem und dessen Energieversorgung defossilisieren will, der muss endlich ernst machen mit dem Ausbau der „Erneuerbaren“ und die Energiepolitik konsequent zu Ende denken: Es müssen bei Erzeugung, Transport, Verbrauch und Speicherung von Energie die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass diese „große Transformation“ auch wirklich gelingen kann. Defossilisierung kann und darf nicht Deindustrialisierung bedeuten! Denn sonst droht ein regelrechter Kahlschlag – wirtschaftlich, gesellschaftlich, atmosphärisch. Noch ist es nicht zu spät, den Schalter umzulegen!



Präsident, Vizepräsidenten und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau



Präsident und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg



Präsident und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Cottbus



Präsident und Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Halle (Saale)